

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1908. Nr. 200. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158. Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verantwortl. Dr. Walter Beckmann in Halle a. S.

Mittwoch, 29. April 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.
Telephon Amt VI. Nr. 11494.
Zust. und Postg. von Cito Ziefle in Halle a. S.

Muralwahlrecht oder Dreiklassenwahlrecht?

Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei hat seinen Wahlaufruf die Stellung der Partei zur Wahlreform in der Weise festgelegt, daß sie außer einer neuen Wahlrechtsreform eine Reform fordert, welche 1. auf die gleiche und wirtschaftliche Erziehung des Volkes in ihrer Bedeutung für die Gesamtwohlfahrt Rücksicht nimmt; 2. direkte Wahl und geheime Stimmabgabe einführt. Aus diesen Überlegungen geht hervor, daß die Partei die Einführung des Muralwahlrechts wünscht. Denn wenn sich auch die in erster Linie erhobenen Wünsche im Rahmen des jetzt geltenden Wahlrechts ausführen ließen, schon ausgesetzt sind, so schließt doch die Forderung der direkten Wahl den Fortfall des geltenden Wahlrechts mit sich. Ein Wahlrecht, das die Forderung der direkten Wahl mit sich bringt, ist erst ein Kind der neuesten Zeit. Sein Wesen ist wie schon der Name andeutet, darin, daß gewisse Kategorien von Wählern eine Mehrzahl von Stimmen genießen. Die Anzahl der theoretischen Grundes dieses Wahlrechts ist groß, in der Praxis aber hat es trotzdem bisher erst in einem Staat, in dem kleinen Belgien, Eingang gefunden. Dort wurde durch Gesetz vom 7. September 1893 das aktive Wahlrecht zur Repräsentantenkammer in folgender Weise geregelt:

Eine Stimme hat jeder 25 Jahre alte Belgier, der seit der Wahl seit einem Jahre in der betreffenden Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Drei Stimmen hat 1. jeder 25 Jahre alte Staatsbürger, der ein Grundeigentum im Werte von 2000 Fres. besitzt oder aus belgischen Staatsbürgern oder aus öffentlichen Sparkasseneinlagen eine Rente von 100 Fres. bezieht; 2. jeder 35 Jahre alte Belgier, der verheiratet ist und legitime Nachkommenschaft hat, welche ferner mindestens 5 Fres. Personalesteuer zahlt. Drei Stimmen hat 1. jeder der sogenannten Wohnbesitzer, der ein Grundstück im Werte von 2000 Fres. besitzt oder eine Rente von 100 Fres. aus Staatspapieren bezieht, oder eine öffentliche Pension oder eines Kriegesgenusses einer höheren Mittelklasse. (Minoren Gymnasien, bezw. Derschulungen enthalten.) Im Jahre 1900 betrug die Gesamtzahl der Wähler 472 992, davon hatten 915 673 eine Stimme = 62%, 16% 2, 16% 3, 2% 4, 1% 5, 1% 6, 1% 7, 1% 8, 1% 9, 1% 10, 1% 11, 1% 12, 1% 13, 1% 14, 1% 15, 1% 16, 1% 17, 1% 18, 1% 19, 1% 20, 1% 21, 1% 22, 1% 23, 1% 24, 1% 25, 1% 26, 1% 27, 1% 28, 1% 29, 1% 30, 1% 31, 1% 32, 1% 33, 1% 34, 1% 35, 1% 36, 1% 37, 1% 38, 1% 39, 1% 40, 1% 41, 1% 42, 1% 43, 1% 44, 1% 45, 1% 46, 1% 47, 1% 48, 1% 49, 1% 50, 1% 51, 1% 52, 1% 53, 1% 54, 1% 55, 1% 56, 1% 57, 1% 58, 1% 59, 1% 60, 1% 61, 1% 62, 1% 63, 1% 64, 1% 65, 1% 66, 1% 67, 1% 68, 1% 69, 1% 70, 1% 71, 1% 72, 1% 73, 1% 74, 1% 75, 1% 76, 1% 77, 1% 78, 1% 79, 1% 80, 1% 81, 1% 82, 1% 83, 1% 84, 1% 85, 1% 86, 1% 87, 1% 88, 1% 89, 1% 90, 1% 91, 1% 92, 1% 93, 1% 94, 1% 95, 1% 96, 1% 97, 1% 98, 1% 99, 1% 100.

Denen wir von dem letzteren, weil es eine Sache für sich hat und auch eine Einführung für Preußen nicht in Frage kommt, vollständig ab, so hat das belgische Wahlrecht vor dem deutschen einen unbedeutenden Vorzug. Während nämlich das letztere als Vorbildung zum aktiven Wahlrecht allgemein eine ledigliche Anknüpfung fordert, untercheidet sich dieses hier in sehr feiner Weise. Für die Wahlberechtigung sind 2 oder 3 Stimmen erforderlich. Demen also höhere Klassen ihres Wertes, ihres Vermögens oder ihrer Bildung ein höheres Verhältniß für die Bestimmung des Wahlrechts zugrunde wird, wird eine Anknüpfung von gewisser Art überhaupt nicht, für die einstimmigen Wähler hingegen, also vorwiegend die jungen, unverteuten, belgischen, vielfach von Ort zu Ort ziehenden Leute in Höhe eines Jahres geordnet. Mit außerordentlichem Scharfsinn hat hier der Gesetzgeber erkannt, wie leicht die letzte Kategorie von Wählern die Leute gewissermaßen Gespötel wird und dem Einfluß daher durch eine Maßregel beschränkt, die, auf dem Grundbesitz aufbaut, mindestens einem vollen Drittel unserer großstädtischen Arbeiterbevölkerung unter 35 Jahren, also der zuverlässigsten Gesellschaft des Sozialismus, das Wahlrecht entziehen würde. Das ist aber auch der einzige Vorzug des belgischen Systems, denn alles, was man sonst noch Gutes finden mag, z. B. der Umstand, daß es ausschließlich die Steuerleistung, sondern auch noch andere Momente bei Zuteilung eines verstärkten Wahlrechtes berücksichtigen, läßt sich für Preußen auch innerhalb des bestehenden Systems verwirklichen.

Was viel leichter zu betonen sind aber die Unstimmigkeiten, die daraus entstehen, daß infolge der Unvollständigkeit der Wahlrechtsreform in den einzelnen Urwahlspreisen in wenigen Fällen, der Zutritt zur ersten und zweiten Wählerklasse ungleichmäßig erleichtert ist. Man braucht nur zu bestimmen, was ein gewisser Steuerbesitz, der nicht übermäßig hoch sein dürfte, unter allen Umständen zur Wahl in einer der beiden höheren Klassen berechtigt. Schon damit wäre den Wählern über das preussische Wahlrecht viel Agitationsstoff gegeben.

Ein erheblicher Mangel des Muralwahlrechts ist es ebenfalls, daß es da am wenigsten wirkt, wo es am nötigsten ist, z. B. dort, wo große, in dem sozialistischen Wahlrecht verarbeitete Arbeiter ohne normale Beirathung anderer Wahlberechtigter nicht zusammengefaßt werden können. Man veranschauliche sich z. B. die verheerende Wirkung, die ein solches Wahlrecht einerseits auf denjenigen Stadtteil ausüben würde, der den ersten Wahlabschnitt (Mitte) bildet, und andererseits auf diejenigen haben würde, welche den letzten und sechsten Wahlabschnitt (vertheilt durch die

Serran Singer und Ledebour) ausmachen. Zweifellos würde in dem ersten die Zahl der doppelten und dreifachen Stimmen verhältnismäßig um ein Vielfaches größer sein als in den beiden letzteren, trotzdem gerade in diesen ein gelundes und kräftiges Geheimgewicht gegen das Massenangebot der betörten Arbeiter nötig wäre. Hier erweist sich das Dreiklassenwahlrecht sehr viel anpassungsfähiger, indem es den Einfluß des zahlenmäßig nur gering vertretenen, in der zweiten Klasse wählenden Kleinbürgertums in angemeßener Weise stärkt. Schon dies eine Beispiel zeigt deutlich, daß ein noch so fein ausgeglichenes Wahlrecht den Bedürfnissen des Staatsvolkes niemals in dem Maße entspricht wie ein solches, welches aus den gegebenen Verhältnissen in natürlicher Weise herausgewachsen und nötigenfalls organisch weiter gebildet ist. Die jahrhundertelangen hohen Leistungen des englischen Parlaments sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der praktische Sinn der Engländer sich zu allen Zeiten hinsichtlich des Wahlrechts stets von allem Experimentieren mit Theorien ferngehalten hat, so daß das Wahlrecht in natürlicher Weise dem historischen Entwicklungsgange des Volkes folgen konnte.

Das jetzige preussische Wahlrecht hat aber ebenfalls einen historischen Hintergrund, es entstand in fröhlicher Zeit, als der Staatskörper in schweren Zuständen erbebt, es ist die Grundlage gewesen, welche damals die Rückkehr geordneten Zustandes wieder möglich machte. Es hat sich dann immer noch Verbesserung einer erheblichen Kinderkrankheit (Konstitution) als durchaus geeignet erwiesen, die geordnete Weiterentwicklung des Staates zu begünstigen. Deshalb sollte es aber auch nicht um eines lebendigen Prinzips willen einen noch unerprobten Wahltypus kopiert werden, dessen Vorzüge ihm alle einseitig werden können, dessen Schwächen und Mängel es aber nicht besitzt. Als ein weiterer Mangel des Muralwahlrechts bei allen seinen sonstigen Vorzügen, muß es aber angesehen werden, daß es nicht wie das Dreiklassenwahlrecht einen sehr ausgeprägten Charakter als Antifiskalwahlrecht besitzt. Und dieser bei den heutigen Verhältnissen sehr schwer wiegende Vorzug soll nur um der Würde willen ausgegeben werden, die indirekte Wahl sei nicht mehr zeitgemäß? Denn die weitere Frage, ob öffentliche oder geheime Stimmabgabe, braucht in diesem Falle gar nicht einmal erörtert zu werden, weil beide Abstimmungsformen bei beiden Wahltypen möglich sind. Seit wann sind denn indirekte Wahlen nicht mehr zeitgemäß? Andolf v. Gneiss führt 1894 in seinem Buche: „Die nationale Rechtsidee von den Ständen und das preussische Dreiklassenwahlrecht“ folgendes: „Als Fortschritt der Zivilisation kann die indirekte Wahl schon deshalb gelten, weil sie den tumultuarischen Charakter der unverbürgerten Massenversammlungen verhilft... Dies indirekte Wahlrecht ist zwar latentenfalls nachteilig, wenig sympathisch, weil es den Einfluß der Tagespresse, der Volkshypochondrie, der Schlagworte des Augenblicks vermindert und an ihrer Stelle eine sachliche Ermägung der Gesamtmeinung des Kreises hervorruft (gemeint ist hier der Wahlbezirk) und eine Prüfung der persönlichen Eigenschaften derer ermöglicht, als der momentane Eindruck einer geschickt formulierten Plattform. Gerade diese weniger populäre Seite der indirekten Wahlen ist ihre beste Seite.“ Was hat sich nun seit 1894, abgesehen von dem sozialdemokratischen erhobenen Geschrei, geändert? Oder gilt etwa die Autorität von Gneiss den heutigen Nationalliberalen nichts mehr, oder wird sie durch und durch liberale Gesinnung bezweifelt?

Die Kaiserfrage auf Korfu.

Die Kaiserin gab Montag nachmittag eine Tee-gesellschaft; diese wurde nicht, wie beabsichtigt, auf der „Hohenzollern“ abgehalten, das Schiff wegen hohen Seeganges nicht zu erreichen war, sondern in dem königlichen Palais auf Korfu. — Der Kaiser hörte Montag nachmittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts Grafen v. Sillen-Gäbler und des Geheimen Regierungsrates v. Berg aus dem Zivilkabinett. Zum Diner im königlichen Palais waren auch der österreichisch-ungarische Admiral und die Kommandanten der griechischen Flotten. Im Verlaufe des Mahles brachte König Georg das Wohl der kaiserlichen Majestäten. Die Musik spielte die deutsche Hymne. Der Kaiser erhob hierauf sein Glas und trank auf die Gesundheit und das Wohlergehen der griechischen Majestäten. Die Musik spielte die griechische Hymne. Nach dem Diner hielten der Kaiser und der König Cerale.

Am Dienstag vormittag nahm der Kaiser in Begleitung des Amtsgärters Sprenger eine nochmalige Besichtigung des Schloßparks vor. Es sollen noch einige Räume befestigt werden, um für das Wachstum der übrigen Licht und Luft zu schaffen und einige Durchgänge nach dem Meer herzustellen. Später hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Marinekabinetts Vizeadmirals v. Müller. Zur Mittagstafel waren der griechische Schiffskommandant Kapitän zur See Sotouris, der konstul Spengelien und dessen beide Söhne geladen.

Der Kaiser verließ den österreichischen Marineoffizieren mehrere Auszeichnungen, u. a. dem Kommandanten v. Högler den Kronenorden 1. Klasse, Der deutsche Gesandte Graf v. Arco er-

hielt den Stern zum Kronenorden 2. Klasse, Generalkonf. Dr. Gubers in Ansehn den Orden des Heiligen Sankt. Auch den griechischen Offizieren und Beamten wurden zahlreiche Auszeichnungen verliehen, darunter dem Minister des Innern und der Finanzen, Kologropoulos der Kronenorden 1. Klasse; dem Minister des Aeußern, Schus, verließ der Kaiser seine Photographie mit Nehmen und mit Unterfertigung. Dem Kronenorden 2. Klasse erhielten der Direktor des Fischereidepartements in Athen, Balanos, und der Sekretär des Finanzministeriums, Stefanidis. König Georg verließ mehrere Auszeichnungen an Herrn des deutschen Gesandtes, darunter das Großkreuz des Erlaßerordens des Heiligen Sankt. Dr. v. Jenich, dem Chef des Marinekabinetts Vizeadmiral v. Müller und dem Kammerherren der Kaiserin, Vizeoberkammermeister v. dem Kaiserhof.

Demnach nachmittag machte die Majestäten und ihre Umgebungen einen Ausflug in Automobilen nach Rafones, oberhalb von Palaiofotizgia und nahmen daselbst den See. Zur Abendstafel im Hotel waren die Kronprinzenin von Griechenland, der österreichisch-ungarische Admiral und die drei Schiffskommandanten geladen. Zu den kinematographischen Vorstellungen, die nach der Abendstafel stattfanden, wurden weitere österreichische Offiziere hinzugezogen.

Zischgepöhl mit dem Fürsten von Bälou.

Die der Erholung gewidmeten Tage, die der deutsche Stangler zurecht in Bönig verbrachte, gehen ihrem Ende entgegen. Nach den politischen Zusammenkünften und Besuchen in der Hauptstadt des Königreiches kommt in der nächsten Tagennacht wieder die unangenehme Gesellschaft zu ihrem Recht, wie Fürst von Bälou sie so gern zu pflegen liebt, wenn er während der heißen Sommerzeit in Nordberny von den Anstrengungen der Wintermonate ausruht. Einige interessante, in privatem Kreise bei der Tafel gefallene Aeußerungen des Reichskanzlers werden dem „N. N.“ aus Wien wie folgt übermittelt: Der österreichische Schriftsteller Egidius Müllner war im Hotel Grande Bretagne zu Bönig vom Fürsten von Bälou zusammen mit Senator Valerna zu Tische geladen. Er berichtet jetzt in der „Neuen Freien Presse“ über die Zischgepöhl. In vielen Stunden fiel nur eine einzige politische Bemerkung. Auf die Frage, ob der Kaiser nach Wien würde zu prophezeien, ob sich die Zukunft der Kaiserin auf der Grundfrage noch wachsenden nationalen Fühlens entwickeln würde, meinte der Fürst: „Man ist jetzt überall national gestimmt. Ein Staatsmann darf nichts gegen das nationale Gefühl tun.“ Ein Staatsmann darf vom Kaiser die nationale Politik in folgenden Worten zusammenfassen: „Der Kaiser hat einen vortrefflichen Eindruck gemacht. Er scheint nicht nur ein reiches und tiefes Gemüt zu besitzen, sondern ist auch ein kluger Mann. Diejenigen unterirdischen, die ihn nur als den guten, wackeren Kaiser hinstellen, was zu sein übrigens auch ein Vorzug ist.“ Immer wieder kam die Sprache auf die neuerborene Wille Maletta zurück. Der Fürst fühlte sich geschmeichelt, daß die Geschichte der Wille mit dem Namen Lukulus und Callist zusammengebracht wird. Seine Uhr ziehend, die er 42 Jahre bei sich trägt, sagte er: „Belleidlich war ich prädestiniert, die Wille zu kaufen. Auf dem Deckel meiner Uhr sind die Worte aus Sallustius Bellum Jugurthinum eingraviert: Animus humani generis rector.“ Müllner meint, wenn Wille die Wille bereinigt gewesen wäre, würden allseitige Klagen über ihn kommen, er werde seine Memoiren schreiben. „Das würde ich mir wohl überlegen“, erwiderte der Fürst. Zum Gesandten Fotow sagte er: „Sie sollten sich von jedem Diplomaten schriftlich geben lassen, daß er für den Fall, daß er seine Memoiren veröffentlicht, eine halbe Million Krenkel bezahlt.“ Biscotti Benofa habe ihm erzählt, daß auch Graf Nigra seine Memoiren verzeichnete, und nun das Fürst von Bälou aus dem Gedächtnis ein Kapitel dieser Nigra-Memoiren, „Villa Franca“ betitelt, zum besten, das ihm Nigra am Wiener Kahlenberg vorgelesen hatte.

Finanzminister v. Pfaff über die Reichsfinanzreform.

In der Dienstag-Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer befragten verschiedene Redner die Reichsfinanzreform, worauf Finanzminister v. Pfaff erwiderte, darüber, daß die Reichsfinanzreform ein unabweisbares Bedürfnis sei, bestes Uebereinstimmung. Ungebetete Matricularbeiträge wiederprägen jeder gefunden Finanzpolitik. Reichssekretär Spöck habe bei seiner Unwesenheit in München ein förmliches Programm für die Finanzreform nicht mitgebracht. Ueber die Einzelheiten seiner Besprechung mit dem Reichsfinanzsekretär könne er keine Mitteilungen machen. Die in die Presse gebrachten Angaben darüber stammten nicht von ihm. Direkten Reichssteuer werde Bayern unter keinen Umständen aufnehmen. Die Reichsfinanzreform müsse sich auf den Ausbau der indirekten Steuern stützen. Bisshar weitere Einnahmequellen nötig seien, so sei die Aushebung der Erbschaftsteuer auf die Besonderen der gangbar, Bes. Gegen die sogenannte Veredelung der Matricularbeiträge müsse er sich aussprechen, falls sie auf indirekten Weg einen Eingriff in die Steuergelegen der einzelnen Bundesstaaten bedeuten würde. Jureit lasse sich das Erträgnis der Einkommensteuer in den einzelnen Bundesstaaten wegen der Verschiedenheit der Steuerleggebung nicht vergleichen.



Deutsches Reich.

Graf Lanza beim Fürsten Bismarck. Der ehemalige italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza ist zum Besuch des Reichskanzlers Fürsten Bismarck in Weimar eingetroffen.

Reisepfad über Marokko. Der Berliner Korrespondent des 'Temps' (1) berichtet, in 8-10 Tagen werde ein deutsches Reisepfad über Marokko erscheinen. Es werde bis auf 1906 zurückzuführen.

Das Redewesen in Afrika. Die internationale diplomatische Konferenz zur Neuordnung der Bestimmungen über das Redewesen in Afrika ist in Brüssel Dienstag nachmittags vom Minister des Auswärtigen, Davignon, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet worden.

Zur Revision der Kamerun-Grenze. Im Reichskolonialrat wird, wie verlautet, zur Revision der Kamerun-Grenze eine eingehende Darstellung der Verhandlungen über die Grenzregulierung herausgegeben werden. Der Bericht wird gleichzeitig auch einen näheren Kommentar dieser politischen Entfallen.

Die Stellung der Kreisärzte wird, wie die 'N. N. M.' hören, durch die kommende preussische Verwaltungs-Vorlage eine nicht unwesentliche Verbesserung erfahren. Einmal werden beide Arten von Kreisärzten, die vollqualifizierten und die nicht vollqualifizierten, in ihren Gehaltsbezügen B. L. a. g. erhalten. Außerdem ist auch für beide Beamtens-Kategorien eine Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung in Aussicht genommen. Schließlich soll auch einem in den beteiligten Kreisen längst vorhandenen Wunsch auf Verbesserung der Pensionen bei den nicht vollqualifizierten Kreisärzten entgegen werden, indem in Zukunft nicht mehr ein Teil der von ihnen bisher bezogenen Gebühren als Grundlage für die Berechnung der Pension gelten soll, sondern allgemein der Satz von 2250 Mk. für jede nicht vollqualifizierte Stelle.

Zu der Vereinbarung des Bundesrats am 28. er. wurde dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Postdampfschiffverbindungen die Zustimmung erteilt. Postdampfschiffverbindungen. Dem Reichstage ist am Dienstag der Entwurf des Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze betreffend die Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern zugegangen. Der Entwurf ermächtigt den Reichskanzler, das Unterrichten der auf Grund des Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze betreffend die Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern vom 13. April 1898 eingetragenen Postdampfschiffverbindungen mit Schiffen und Auslieferer für eine Erweiterung des Dienstes durch Einrichtung einer vierschwänzligen Verbindung zwischen dem Ostküstenbezirk Neuquena einerseits und Japan und Australiens andererseits vom 1. April 1908 ab eine Erhöhung der bisher vertragsmäßig aus Reichsmitteln zu zahlenden Beihilfe um jährlich 500 000 Mk. zu bewilligen. Die Jahresgehaltsmäßigkeit auf der australisch-japanischen Linie muß durchschnittlich mindestens 500 000 Mk. betragen.

San der Staatsbahn. Die Münchener Nachrichten melden: Die Verhandlungen zwischen der preussischen und der bayerischen Staatsbahnverwaltung über eine freiere Gestaltung des gegenseitigen Güterverkehrs werden auf einer am 1. Mai in Weimar stattfindenden Konferenz fortgesetzt werden.

Die Abreise von Stetten ist Dienstag aus Italien wieder in Karlsruhe eingetroffen.

Aus der bayerischen Armee. Wie das bayerische Militärverordnungsblatt meldet, ist der Inspekteur der technischen Institute, Generalleutnant Dietrich, unter Verleihung des Prädikats Excellenz zur Disposition gestellt und Generalmajor von Dorn, Kommandeur der 1. Feldartilleriebrigade, zum Inspekteur der technischen Institute ernannt worden.

Garden legt Verneinung ein. Wie die 'Münchener Neuesten Nachrichten' melden, hat nunmehr auch Garden Verneinung gegen das Urteil in seinem Prozeß gegen die 'Neue Freie Presse' eingelegt. Der Reichsgericht hat den Termin über den Maximilian Garden gegen das Urteil der Strafkammer des Reichsgerichts eingelegte Revision auf den 22. Mai 9 Uhr festgesetzt. Die Revisionsverhandlung findet vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts im Sitzungssaal Nr. VI statt.

Deutscher Reichstag.

144. Sitzung vom 28. April, 2. Uhr.

Am Verordnungsstelle: Kommissare. Das Ansehen des während der Osterferien verstorbenen Abg. Binder (Ant), erst das Haus in der üblichen Art.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Einige Petitionen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen, werden nach den Kommissionsanträgen erledigt. Eine Petition um Bewilligung einer höheren dauernden Unterstützung beantragt Abg. Engel (fr. Vgg.) für erledigt zu erklären, da der Petent insofern verstorben sei und auch Erben nicht hinterlassen habe (Geirrecht).

Abg. Richter (Ztr.) hält seine Anträge für nicht sofort nachprüfbar, nicht aber schließlich seinen Einspruch zurück. Die Petition wird für erledigt erklärt.

Petitionen um Abänderung des § 91 des Handelsgesetzbuches beantragt die Kommission als Material zu überweisen. Der Bericht des Referenten lautet: In einer Eingabe eine Abänderung des § 91 des Handelsgesetzbuches dahin verlangt, daß dem Agenten das Recht eingeräumt werde, zur Prüfung der Buchausgabe seines Geschäftsherrn die Vorlage von dessen Geschäftsbüchern zu verlangen. Dagegen wendet sich die vorliegende Petition der Handelskammer für die Kreise Ansbere, Brilon und Weisbach.

Die Petition wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) als Material überwiehen.

Eine Petition auf Unterstellung des Bühnenshoppersonals unter das Zivilstrafrecht, Kranken- und Unfallversicherungsgesetz beantragt die Kommission zur Erörterung zu überweisen. Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) verlangt Überweisung zur Berücksichtigung, da die Regierung sich schon seit 1902 erwidert und ein offenkundiger Notstand zu befürchten sei. In Berlin und anderwärts werden weiblichen Bühnenshopgehörigen noch Monatsgehältern von 35 Mark ausbezahlt. (Hört! hört!) Da ist es kein Wunder, wenn mancher dieser Angehörigen mit den Augen des sterbenden Balentin antritt. Überdies besteht vielfach Aussicht auf sofortiger Kündigung. Man bringe uns ein Theatergesetz! Abg. Prüßne (Soz.) empfiehlt den Theatergehilfen eine 'Gehilfenorganisation'.

Abg. Hildebrand (Soz.) bemängelt die lange Dauer der Regierungsbildung.

Die Abg. Engel (fr. Vgg.) und Bassermann (nl.) empfehlen Berücksichtigung.

Das Haus beschließt einstimmig fo.

Eine Petition auf Durchführung des § 142 des ehsch-lösch-ringschen Berggesetzes (Knappheitsberühmtheit) verlangt die Kommission teils zur Berücksichtigung zu überweisen, teils durch Kenntnisnahme zu erledigen.

Abg. Giesberts (Ztr.) unterteilt diese Petition.

Auf die Vorstellungen des Abg. Emmel (Soz.), der betont, ehsch-lösch-ringschen folge in sozialpolitischen Fragen nur Preußen, erwidert

Abg. Bundesratsbevollmächtigter Falten, die ehsch-lösch-ringsche Regierung sei in ihren Maßnahmen stets selbständig und unabhängig von Preußen vorzugehen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) tritt gleichfalls für die Petition ein und hofft, § 7 des Berggesetzes werde in ehsch-lösch-ringschen nicht in Kraft gesetzt werden.

Abg. Dr. Wül (lf. Ztr.) begründet einen von ihm eingebrachten Antrag, durch Reichs- oder Landesgesetz den Statuten der ehsch-lösch-ringschen Knappheitsvereine rückwirkende Kraft zu geben.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Ersberger (Ztr.), Sadtke (Soz.), Emmel (Soz.) u. a. betont

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Es wird nachgedacht ein Antrag, daß mit Sozialdemokraten zu unterhandeln. Immer ziehen sie fernliegende Dinge in die Debatte, damit jede Erörterung in ein persönliches Gezielt ansetzt. (Leb. Zustimmung.) Zu den Vorstand des Ergrabenverbandes bin ich im Einverständnis mit den mir nahe stehenden christlichen Arbeitern eingetreten. Abg. Emmel hat von den reichsständigen Bergarbeiterverhältnissen keine Ahnung. Wir in den christlichen Gewerkschaften wissen selbst am besten, was wir für die Arbeiter zu tun haben. (Beifall.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Die christlichen Gewerkschaften haben in der Tat keinen Anlaß, dem Abg. Behrens ihr Vertrauen zu entziehen. (Beifall.) Nicht das Arbeiterinteresse ist für die Sozialdemokratie entscheidend, sondern die Parteipolitik.

Abg. Ersberger (Ztr.), mit Unruhe empfangen, wendet sich gegen Neuerungen des Abg. Emmel.

Nach weiterer knapper Debatte wird der Kommissionsantrag und der Antrag Wül angenommen. Darauf tritt Vertagung auf Mittwoch 1. Uhr ein.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die heute erscheinende 'Wiener Zeitung' veröffentlicht die Ernennung des Universitätsprofessors Geheimrats Michael Holzgrün zum Statthalter und des Geheimrats Grafen Stanislaus Wadeni zum Landmarkhall in Galizien.

Im österreichischen Verordnungsblatt befindet sich im Einlaufe eine Interpellation des Grafen Thun namens der Reichst. in der auf das geistliche Erkenntnis über die Wahrheits- und Unwahrheitsfrage hingewiesen wird, das feststellt, daß eine Verhütung und Herabminderung der katholischen Kirche beabsichtigt war, weshalb die Intervention zu tun haben. (Beifall.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Die Intervention ist für die Sozialdemokratie entscheidend, sondern die Parteipolitik.

Abg. Ersberger (Ztr.), mit Unruhe empfangen, wendet sich gegen Neuerungen des Abg. Emmel.

Nach weiterer knapper Debatte wird der Kommissionsantrag und der Antrag Wül angenommen. Darauf tritt Vertagung auf Mittwoch 1. Uhr ein.

Norwegen.

Der Kaiserfall in den Bergen bei den oberitalienischen Seen dauert mit unveränderter Stärke fort. Der Simphonbahnverkehr erleidet große Verpätungen. In einzelnen Stellen liegt der Schnee zwei Meter hoch; die Alpenübergänge sind unpassierbar.

Annanhernde Zeit. Der Reichsgericht hat den Termin über den Maximilian Garden gegen das Urteil der Strafkammer des Reichsgerichts eingelegte Revision auf den 22. Mai 9 Uhr festgesetzt. Die Revisionsverhandlung findet vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts im Sitzungssaal Nr. VI statt.

Aus Nord und Fern.

Der Kaiserfall in den Bergen bei den oberitalienischen Seen dauert mit unveränderter Stärke fort. Der Simphonbahnverkehr erleidet große Verpätungen. In einzelnen Stellen liegt der Schnee zwei Meter hoch; die Alpenübergänge sind unpassierbar.

Annanhernde Zeit. Der Reichsgericht hat den Termin über den Maximilian Garden gegen das Urteil der Strafkammer des Reichsgerichts eingelegte Revision auf den 22. Mai 9 Uhr festgesetzt. Die Revisionsverhandlung findet vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts im Sitzungssaal Nr. VI statt.

Abg. Prüßne (Soz.) empfiehlt den Theatergehilfen eine 'Gehilfenorganisation'.

Abg. Hildebrand (Soz.) bemängelt die lange Dauer der Regierungsbildung.

Die Abg. Engel (fr. Vgg.) und Bassermann (nl.) empfehlen Berücksichtigung.

Das Haus beschließt einstimmig fo.

das vierzehnjährige Dienstmädchen der Witwe unter schweren Verdächtigungen verhaftet worden. Die Untersuchungen in Aufstand wird gemeldet, daß die Sozialist in verschiedenen Städten neue Streikbewegungen angeregt hat. In Orel ist der Malgastfabrikant überführt, im Fabrikanten Widaja verurteilt Dampfer auf den Straßen, 900 Häuser stehen unter Wasser. In Smolensk sind durch den Ausbruch des Zinners 350 Häuser überflutet worden und in der Umgebung große Mengen an Getreide und Vieh verendet. In Orel sind über 100 Häuser durch den Ausbruch von Wasser unter Wasser; dagegen ist nach Nachrichten aus Moskau dort die Sozialist überall zurückgetrieben. Ein künstlich gemauertes, insgesamt 13 Quadratkilometer, war überflutet, 3000 Häuser, 25 000 Wohnungen, 50 000 Einwohner sind von der Katastrophe betroffen worden. Die Untersuchungen haben sich in allen Kreisen des Kaiserlichen Gouvernements Hilfskomitees gebildet.

Ausbruch einer Epidemie. In Nord des Vereinigten Königreichs 'Britannia' ereignete sich, wie wir aus Portsmouth erfahren, auf der Fahrt von Cuxhaven nach dort eine Missetat, die durch die vier Mannfahrer und eine Leiche verurteilt wurde. Herrert, bitte, noch nach Sankt Es ist alles geregelt! Diese fälschlich auf den Aufständischen von Berlin W. und den westlichen Bezirken auf roten Zetteln geübte Aufforderung zeigte den Höhepunkt eines Schillerdramas, dessen Katastrophe nur durch einen glücklichen Zufall nicht tödlich geendet hat. Aus Zürich vor dem herannahenden Morgen, der schon einmal nicht beendete hatte, ist schon für mehrere Tage der höchste Lohn eines höheren Berliner Arbeitervereins besprochen unter Mitnahme eines geladenen Neobolwers aus dem Elternhause heimlich entfernt und war Nacht und Tag die ganze Zeit über fast ohne Schlaf und Nahrung in verzweifelter Unentschlossenheit in den Bezirken untergebracht. Am Sonntag traf, wie das 'Schöneb. Tagbl.' berichtet, ein Brief bei den Eltern ein, in dem er sie, denen er schon für viele Stunden im Willen habe, um Beziehung mit dem Vater zu tun haben. In dem anderen Auszug für ihn geht. Montag abend beobachtet ein Arbeiter vom Waldestrande des Wannsee aus einen jungen Menschen, der einen Neobolwer in der Hand, am Meer angeschlossen auf und abging. Der Arbeiter, der den Schillerdramen gelesen, hatte den glücklichen Gedanken, der Neobolwer sollte ihm entzogen werden, um seinen Namen zu laut er konnte. Der Arbeiter, der Neobolwer, wurde aber, da er zu Fall kam, von seinen Verfolger erlöst und seinen Eltern, deren Adresse er mit Angabe, wieder zugesandt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Ammerdorf 28. April. (Schwere Gasexplosion) Auf den diesigen Elektrochemischen Werken entstand heute nachmittags eine Gasexplosion, die mehrere Arbeiter tödlich und viele andere schwer verletzt hat. Der Schaden wird auf 100 000 Mark geschätzt. Die Arbeiter wurden auf ihre Familien verlegt. Die Leichen wurden in die Leichenhalle des Städtischen Friedhofs gebracht.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

W. Magdeburg, 28. April. (Anschlag eines sozialdemokratischen Mitglieds) Ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages wurde in Halle a. S. ermordet.

Sport und Jagd.

Rembert. Es wird uns geschrieben: Der Berliner Bruno Deme hat seinen Siegeslauf fort und gewinnt den großen Preis...

Halle'sche Nachrichten.

Wichtiges Familienrecht. Der Restaurateur Ernst Janke aus Halle a. S., welcher sich mit seiner Gattin bei einer in Walsenburg in der Neugasse wohnhaften Familie beschuldigt...

Beste Telegramme.

Berlin, 29. April. Dem 'Berl. Lokalanz.' zufolge gerufenem Arbeiter in Bergen am Chiemsee, als ein Gitterarbeiter einen Hölzer mit einem Hirschholz abtrennen wollte...

Bremen, 28. April. Wegen Verleumdung des Handelsredakteurs Heymann von den 'Hamb. Nachr.', dem Ausschuss des Reichstages wurde der Vorsitzende des Ausschusses der Deutschen Revolutions-Partei...

Börsen- und Handelszeit.

Magazine.

W. Simon Erbes u. Co. in Hamburg. In der Dienstag städtischen Sitzung der Antezenten in der Firma Simon Erbes u. Co. erklärten die sämtlichen anwesenden Beteiligten sich der Weiterführung...

A. Produktens- und Warenmärkte.

Getreide, Mehl, Öle, Zucker, etc. Hamburg, 28. April. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc. Preise für verschiedene Waren...

(Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsraats) Weizen: Berlin, 755 gr, Mai 216,25, Juli 217,50, Newyork, Red Winter Nr. 2, 120 166,90, Mai 163,85...

Kartoffeln, Kartoffelmehl und Stärke. Berlin, 28. April. Kartoffelstärke 24,75-25,25 Pf., Kartoffelmehl 24,75-25,25 Pf., feuchte Stärke - Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Spiritus stetig, April 30 G, April-Mai 29 1/2 G, Mai-Juni 29 G.

Wolle und Baumwolle. Bremen, 28. April. Baumwolle, span, Uflanbaubildung 100 18 1/2 Pf.

Metalle. London, 28. April. Silber 24 1/2 Pf., Gold 105 1/2 Pf., Kupfer 112 1/2 Pf., Zinn 112 1/2 Pf., Blei 112 1/2 Pf., Eisen 112 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Waren. Hamburg, 28. April. Petroleum ruhig, Standard white 100 10 1/2 Pf., Standard white 100 10 1/2 Pf.

Wähler der III. Abteilung!

In letzter Stunde hat der Ausschuss der kommunalen Vereine ein Flugblatt verbreitet, welches in einem derartigen Tone abgefasst ist, daß wir es verschmähen, näher darauf einzugehen.

Wir halten es jedoch für unsere Pflicht, zu erklären, daß die in dem Flugblatt gegen uns gerichteten Angriffe durchweg Verleumdungen, bewusste Unwahrheiten sind.

Wir appellieren an das politische Aufstandsgedühl aller Wähler; wir hoffen, daß alle ehrlichen Bürger auf diese schmutzige Art des Stimmenfanges die richtige Antwort dadurch geben werden, daß sie ihre Stimmen vereinen auf unseren Kandidaten.

Herrn Privatdozenten Dr. Steinbrück.

Halle'scher Bürger-Verein (H. B. V.).

